

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Abnahmegebühren und in allen Staaten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zwangspreis monatlich 1,20 M., (Halbmonatlich 0,60 M.), durch die Post bezogen monatlich 2 M., (ohne
Zwangspreisgebühr) Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition
Bismarckstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Bismarckstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4 - 6 Uhr (außer Freitag u. Donnerstags)

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gebundene Hauptzeitschrift oder deren Raum 0,30 M., für Familien-
anzeigen 0,20 M. für die Restzeit anstehend an den dreipäuligen Teil einer Zeitschrift 1,50 M.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Bismarckstr.
2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Beimahl besteht kein Anrecht auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 14. Oktober 1927

Nummer 241

Fünf Tage Reichstag

Organisiert den Kampf gegen das Bürgerblock-Kabinett / Ein sozialdemokratisches Wahlmanöver in Preußen
Der Sowjetbotschafter in Paris abberufen / Die SPD-Führer im preußischen Staatsrat für das Reichsschulgeseh

Ein Billjudskiplan Stresemanns

Wie uns heute morgen aus Berlin berichtet wird, beschäftigen die Regierungsparteien, die Overtagung des Reichstages auf 5 Tage, bis zum 20. Oktober, zu beschließen. Die Gründe für diesen Billjudskiplan Stresemanns liegen auf der Hand. Erstens möchte Herr Stresemann gerade im gegenwärtigen Moment den russisch-französischen Konflikt nicht gerade exponieren. Dann kann man nicht wissen, zu welchen Konsequenzen der Konflikt führt, und Herr Stresemann hat die Freiheit stets als den besten Teil seiner Staatspolitik angesehen. Das ist aber nur ein Grund des Schieberplanes des Bürgerblocks. Der andere liegt auf innerpolitischem Gebiet, und ist ebenso wichtig und entscheidend. Die Massenbewegung gegen den Bürgerblock umfaßt immer breitere Kreise des werktätigen Volkes, auch des Kleinbürgertums, wie es die Hamburger Wahlen bewiesen. Das Vertrauen zur KPD wird immer größer. Die Kapitane des Bürgerblocks denken natürlich nicht daran, vor dieser Massenbewegung den Rückzug anzutreten, und wenn die Massen, die im Parlament noch die Vertreter ihrer Interessen sehen, aufmerksam und gegen das faschistisch-reaktionäre Bürgerblockregiment in Massendemonstrationen protestieren, dann ist der erwünschte Anlaß da, um den parlamentarischen Frieden wieder herzustellen — die Ergebnisse der Hamburger und Königsberger Wahlen im Vize der Opfer des Bürgerblocks zu erklären. Die kommunistische Partei fordert aufs neue Reichstagsauflösung, Landtagsauflösung und Neuwahlen. Das ist auch der Wille der deutschen Arbeiterklasse.

Die sozialdemokratischen Führer, die Weis und Stamper, die die entschlossene Kampfstimmung der Arbeitermassen gegen den Bürgerblock sehr gut erkennen und ihre Scheinopposition gegen den Bürgerblock fortzuführen möchten, haben ein neues Manöver in Vorbereitung. Ein Teil der bürgerlichen Presse und die Welt am Abend berichten, daß der preussische Ministerpräsident Bau eine vorzeitige Auflösung des preussischen Landtages und spätestens im Januar Neuwahlen durchzuführen will.

Die preussische Koalitionsregierung will eine Trennung von Reichstags- und Landtagswahlen, weil dann der Wahlkampf zunächst in Preußen und später im Reich von den Koalitionsparteien besser und ohne Gefährdung der Preußenkoalition stattfinden kann, da man auch nach den Landtagswahlen die Preußenkoalition beibehalten will. Die Fraktionsvorsitze der Deutschen und der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag sollen sich bereits mit dieser Lage beschäftigt haben und zu dem Schluß gekommen sein, daß sie von der Bürgerblockregierung unter allen Umständen im Falle der Auflösung des Preussischen Landtages auch die Auflösung des Reichstages erzwingen wollen und den Schachzug der Bau-Regierung so zum Scheitern bringen. Die Welt am Abend erklärt, daß man demnach mit einer überraschenden Auflösung des Preussischen Landtages, aber auch des Reichstages und mit Neuwahlen schon im kommenden Frühjahr rechnen kann.

Dieser Schachzug des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bau, der übrigens durch die bekannten inoffiziellen Dementis abgelehnt wird, läuft darauf hinaus den Schwindel ihrer Scheinopposition im Wahlkampf nicht allzu sehr sichtbar werden zu lassen. In einen ernsthaften Kampf für die Reichstags- und Landtagsauflösung und Mobilisierung der Massen gegen den Bürgerblock denkt in Wirklichkeit keiner der sozialdemokratischen Führer.

Am so mehr aber müssen die Arbeitermassen daran denken. Dem parlamentarischen Wahlüberwachungsmanöver muß der verstärkte Kampf für den Sturz dieser Regierung entgegengesetzt und die Auflösung der Parlamente erzwingen werden, die in keiner Weise dem Willen der werktätigen Bevölkerung entsprechen. Der Kampf gilt den täglichen Vorstößen der Klassenjustiz, gegen streikende Arbeiter, gegen das reaktionäre Schulgesetz, das in der nächsten Reichstags-sitzung verabschiedet werden soll; der Kampf gilt vor allem dem neudeutschen Imperialismus, der Eroberung des Achtstundentages und höherer Löhne. Dafür gilt es die Massen zu mobilisieren. Fort mit diesem Bürgerblockparlament! Auflösung des Reichstages!

Papierfugein

Die Anträge der Heildi-Regierung zum Reichsschulgeseh

P. H. Dresden, am 13. Oktober 1927.

Der Massenprotest der werktätigen Bevölkerung Sachsens gegen den reaktionären Reichsschulgesehentwurf hat auch die sächsische Regierung endlich zum Reben gebracht. Zunächst hatte die Heildi-Regierung sich in der Rolle des toten Käfers gefallt. Sie tat, als berührte sie das Reichsschulgeseh nicht. Die Differenzen innerhalb der sächsischen Regierungsparteien trugen außerdem wesentlich dazu bei, die Stellungnahme hinauszuziehen. Dann wurde bekannt, daß im sächsischen Kabinett eine Abstimmung über den Reichsschulgesehentwurf stattgefunden habe. In dieser Abstimmung standen die KPD und der demokratische Minister gegen die übrigen Minister. Abstimmungsergebnis: 4:3. Nach dem Vorstoß der Kommunisten im Landtag wegen sofortiger Beratung der Anträge der kommunistischen Partei zum Reichsschulgesehentwurf fanden dann auch die Demokraten die Sprache. Zunächst hatten sie mit der KPD gemeinsam eine sofortige Stellungnahme des Landtages verhindert. Nachdem der Landtag vertagt worden war, trat die demokratische Fraktion mit einem selbständigen Schulgesetz hervor.

Die Heildi-Regierung hat nunmehr ihre Anträge zum Reichsschulgesehentwurf veröffentlicht. Die Veröffentlichung erfolgt zu einer Zeit, da im Reichsrat bereits die zweite Lesung des Schulgesetzentwurfes durchgeführt wird. Wobenslang nach der Bekanntgabe der Anträge der preussischen Regierung tritt die sächsische Regierung sehr mit ihrer Auffassung hervor. Die Anträge der Heildi-Regierung dürfen nicht etwa als eine prinzipielle Gegnerschaft gegen die kapitalistische Schulpolitik, gegen den Einfluß der Kirche auf die Schule aufgefaßt werden, trotz der Tatsache, daß die sächsischen Anträge über die preussischen hinausgehen.

Der Grund für die Verzögerung der öffentlichen Stellungnahme der sächsischen Regierung ist durchsichtig. Als getreuer Bundesgenosse der Bürgerblockregierung im Reich sagt die Heildi-Koalition nicht einmal die Worte einer Opposition gegen das Marx-Kabinett, trotz schmähtlicher Verhöhnung durch den Reichsinnenminister Reubell auf der Dresdener Lehrertagung. Wenn die Heildi-Regierung jetzt, nachdem die entscheidenden Beratungen im Reichsrat fast zu Ende geführt sind, mit ihren Abänderungsanträgen in die Öffentlichkeit tritt, dann ist dieses Vorgehen nicht mehr wert, als die sächsische Staatsregierung, in der diese Anträge abgedruckt werden. Beschränkt sich somit die Heildi-Regierung auf der einen Seite in ihrer Stellung zum Reichsschulgesehentwurf auf ein literarisches Gutachten, so sind ihre Anträge andererseits jedoch ein schlaues Manöver gegen die SPD in Sachsen. Welche Vermerke nach dem Abdruck der offiziellen Mitteilung über die Anträge der sächsischen Regierung mit größtem Vergnügen: „Diese Anträge sind entschieden weitergehend als die der preussischen Regierung.“ Das stimmt.

Die sächsische Regierung geht z. B. in der Frage der Schulaufsicht und der Einmischung der Religionsgesellschaften in den Schulbetrieb weiter als die preussische Regierung. Die Ursachen hierfür sind klar. Die Gemeindeforschule in Sachsen ist heute evangelische Bekenntnisschule. Der volksparteiliche Kultusminister Dr. Kaiser hat außerdem durch die religiöse Einfluß auf den Schulbetrieb gesichert bleibt. Die sächsische Regierung ist jedoch nicht wie die preussische an das Zentrum gebunden. Das Zentrum erhält den Reichsschulgesehentwurf als Gegensehens für die Zölle und Steuern, die die Pfaffen den Junkern und der Großindustrie bewilligt haben. Selbstverständlich kann das Zentrum in Preußen nicht gegen das Zentrum im Reich regieren. Aber die Sozialdemokratie will ja in Preußen unter allen Umständen in der Koalition bleiben. (Die sächsische sozialdemokratische Presse nennt das „Sicherung der Arbeiter gegen die Bürgerblockregierung im Reich.“) Deshalb muß die Sozialdemokratie die Bedingungen des Zentrums in der Schulfrage schlucken. Bekanntlich ist ja die preussische Regierung mit ihren sozialdemokratischen Ministern an der Spitze bereit, auch ihren sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird die Stellung der preussischen Regierung und damit natürlich die Stellung der preussischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion nicht ohne starken Einfluß bleiben.

Die Heildi-Regierung erreicht durch ihr Manöver zweierlei. Sie stellt sich mit ihren Forderungen als den weitgehendsten Abänderungsanträgen an die Spitze der Länderregierungen, und überholt Preußen. Damit erhält der sächsische Regierungsbund den günstigsten Boden gegen die sächsische Sozialdemokratie. Die ganze Opposition der „Linken“ verfährt an der Tatsache, daß in Preußen die Sozialdemokratie genau das Gegenteil dessen tut, was die Sozialdemokraten in Sachsen fordern. Die Abänderungsanträge der Heildi-Regierung fordern in erster Linie die

Sowjetbotschafter Rakowski abberufen

Die Abberufungsnote überreicht

Paris, 13. Okt. (Eig. Drahtmeldung.)

Eine von Tschitschew in unterzeichnete Note der Sowjetregierung betr. Rakowski traf heute im französischen Außenministerium ein. Sie besagt, daß die Sowjetregierung Rakowski abberufen werde. Zum neuen Botschafter schlägt die Sowjetunion den bisherigen Botschafter in Tokio, Dowgalewski, vor, der früherer Kommissar für das Post- und Telegraphenwesen.

Die bürgerliche Presse will wissen, daß die Sowjetregierung die Leitung der russischen Delegation bei der russisch-französischen Schuldenkonferenz in Zukunft von der Person des russischen Botschafters in Paris trennen und einen Finanzspezialisten damit beauftragen werde. Für diesen Posten soll angeblich der frühere Finanzkommissar der Sowjetunion, Sokolow, der sehr Mitglied der russischen Delegation in Paris ist, vorgesehen sein. Eine Bestätigung dieser Meldung war heute morgen noch nicht zu erreichen. Die Abberufung Rakowskis durch die Sowjetunion ist ein neuer Beweis für den starken Willen zur Friedensbereitschaft. Sowjetrußland hat diese Frage nicht zu einer Prestigefrage gemacht, wie es die imperialistischen Kriegstreiber wohl gern gesehen hätten. Es ist ganz klar: für die französischen Kriegstreiber war die Frage Rakowski nicht nur eine Angelegenheit der Abberufung eines nicht angenehmen Botschafters, sondern die Frage der Sowjetbotschaft, das heißt des Abbruchs der Beziehungen Frankreichs mit Rußland überhaupt. Mit dem Verlangen auf Abberufung Rakowskis sollte die Sowjetunion provozieren werden. Das ist den Poincaristen nicht gelungen — wenn nun die Sowjetunion diese Kriegsprovokation durchkreuzt, so ist das nicht ein Zeichen der

Schwäche, sondern für die Arbeiterklasse der ganzen Welt ein neuer Beweis, daß Sowjetrußland selbst unter schweren Opfern bereit ist, den Frieden zu erhalten und zu verteidigen.

Die preussischen SPD-Führer für den Schulgesetzentwurf

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Preussischen Staatsrat stellte gestern Genosse Meier den Antrag, die Vertreter des Preussischen Staatsrates anzuweisen, gegen das Schulgesetzentwurf zu stimmen. Dabei nahm Genosse Meier gegen die angeblichen Verbesserungsvorschläge der preussischen Regierung zum Reichsschulgeseh scharf Stellung. Die SPD zog es vor, mit den bürgerlichen Vertretern den Antrag der Kommunisten niederzustimmen, und beschränkte sich mit der Annahme des Schulgesetzentwurfes zum Teil auf die noch verheerendsten Anträge der preussischen Regierung.

Stahlhelmerkennung für SPD-Führer

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

In einem Vortragsartikel des Stahlhelms vom 6. Oktober wird u. a. folgende Anerkennung an die Generäle von Hindenburgs Geburtstag ausgesprochen: „Die Herren Löbe und Hering haben in gewählten Worten gesprochen. Herr Kossel hat einen ausgezeichneten Artikel geschrieben. Die Führung der „Kreuzzeitung“ bei dessen Vortragsmanöver hat sich bewährt, daß der Oberpräsident von Hannover noch nicht die Mitgliedschaft im Stahlhelm beantragt.“

Es sei hinzugefügt, daß in der nächsten 5-Tage-Reichstags-sitzung die Übernahme der Standbilder Eberts und Hindenburgs in der Wandelhalle des Reichstages erfolgen soll. Die seltene Rede soll der Sozialdemokrat Löbe halten.